



Der Linksstaat und die Gesinnungsjustiz

Seit bald einem Jahr hat Österreich eine türkis-blaue Bundesregierung. Die Zeit der Streitereien der Alt-Koalition ist vorüber. Eine andere Richtung wird eingeschlagen. Die Zeichen stehen auf Veränderung.

Die Ziele der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung sind ambitioniert. Tatsächlich konnten bereits erste wichtige Akzente gesetzt werden. Der Ansturm der Asylanten an der Grenze wurde nahezu eingedämmt. Für Einwanderer, welche sich auf Kosten der Österreicher bereichern, soll unser Land unattraktiver werden. Stattdessen sollen heimische Familien durch Maßnahmen wie den Familienbonus unterstützt werden.

Wie schaut hingegen die Oppositionspolitik aus, welche federführend von der SPÖ betrieben wird? Egal, welche Regierungsmaßnahme umgesetzt wird: Die Sozialisten verlangen das Gegenteil. Intelligenter wäre es, mit besseren Vorschlägen aufzuwarten anstatt mit Negationen zu kommen.

Gemeinsam mit der Gewerkschaft wird mit Demonstrationen und einer marxistischen Kampfrhetorik aufgewartet, welche aus Halbwahrheiten besteht. Auch die Presse mischt bei diversen Vorhaben kräftig mit. Es stellt sich ein politisches Geplänkel dar, bei dem nicht die Anliegen der Bevölkerung entscheidend sind. Vielmehr hat der Machterhalt diverser Genossen - inklusive ihrer Versorgungsposten - höchsten Stellenwert.

In den letzten Monaten kommt es auch zunehmend zu Fällen von Politjustiz gegen Unbequeme. An Personen, deren Meinungen und Standpunkte nicht konform der Agenda der Gutmenschen sind, wird versucht, ein Exempel zu statuieren und sie mundtot zu machen. Die mediale Denunzierung reicht nicht mehr aus. Um aufrechte Patrioten endgültig zu brechen, wird mittlerweile versucht, die finanzielle Existenz zu zerstören. So mancher muss um seinen Job bangen.

Längst vergangen geglaubte Zeiten, in welchen die Parteizugehörigkeit einen höheren Stellenwert als die Arbeitsleistung bei der täglichen Arbeit hatte, leben wieder auf. Solche Entwicklungen sind derzeit vermehrt in Firmen festzustellen. Selbst der Bezirk Weiz bleibt davon nicht verschont.

Die Zeichen wurden jedoch erkannt. Die heimische Bevölkerung lässt sich von dieser Form der Unterdrückung nicht mehr einschüchtern. Mithilfe der jetzigen Regierung wird das alte System in den kommenden Jahren endgültig aufgebrochen. Dann kann es endlich ein Österreich ohne ideologische Brille geben.



Euer Gemeinderat Ing. Manuel Kahr

AUS DEM GEMEINDERAT

Gemeinderatssitzung vom 29. Mai 2018

Förderansuchen Mietkosten Verein Chiara

Vom Verein Chiara wird ein Raum für Aktivitäten auf dem Hauptplatz neben der Bäckerei angemietet. Vom Verein wurde ein Förderansuchen für die Mietkostenübernahme an die Gemeinde gestellt. Der Gemeindevorstand hat beschlossen, ein Jahr lang die monatlichen Kosten in der Höhe von 300 Euro (Miete) zu übernehmen.

Ankauf eines Rasenmähertraktors für den Bauhof

Die Mitarbeiter des Bauhofs benötigen einen neuen Rasenmähertraktor. Das Angebot der Firma Lagerhaus in der Höhe von 23.400 Euro erhielt den Zuschlag. Das Altgerät wurde dem SC Raiffeisen St. Ruprecht an der Raab zum Mähen des Sportplatzes überlassen.

Ankauf eines Klein-Lkw für den Bauhof

Der Bauhof der Marktgemeinde hat um den Kauf eines neuen Klein-Lkw gebeten. Den Zuschlag erhielt das Angebot eines Opel Movano in der Höhe von 26.500 Euro.

Sanierungsansuchen für den Kreuzweg Breitegg

Es wurde ein Ansuchen um finanzielle Unterstützung für die Sanierung des Kreuzwegs in Breitegg gestellt. Die Materialkosten für die Sanierung betragen vorläufig circa 20.677 Euro. Die Sanierung der Kreuzwegstationen wird von der Gemeinde mit 10.000 Euro unterstützt.

Neuanschaffung des IT-System-Netzwerks im Gemeindeamt

Das vorhandene IT-Server-System im Gemeindeamt ist sieben Jahre alt. Der beschlossene Servertausch kostet 29.372 Euro.

Gemeinderatssitzung vom 21. Juni 2018

Dringlichkeitsantrag der SÖG

Die SÖG-Fraktion brachte einen Dringlichkeitsantrag mit dem Thema „Keine Abschiebung von Jugendlichen, die eine Lehre absolvieren“ ein. Die FPÖ hat in der Gemeinderatssitzung ihre klare Haltung zu diesem Thema dargelegt. Eine Asylberechtigung hat nichts mit einem Ausbildungsverhältnis zu tun. Hält sich jemand illegal in Österreich auf, dann wird dieser Person durch eine rechtsstaatliche Entscheidung ein negativer Asylbescheid ausgesprochen. Daher hat der illegale Einwanderer kein Bleiberecht und muss unser Land verlassen. ÖVP, SPÖ und SÖG sprachen sich bei der Abstimmung für diese unzulässige Vorgehensweise aus. Die FPÖ-Mandatare waren gegen diesen Antrag.

Zuschuss für den Pfarrhofumbau

In einer E-Mail, welche an die Gemeinderäte verschickt wurde, ist von einem Pfarrhofumbau die Rede. Einige Dinge, wie etwa eine Barrierefreiheit, sind angedacht. Die Kosten hierfür sollen zu 50 Prozent von der Gemeinde getragen werden. Bei der Fragestunde wurde darauf eingegangen. Laut Bürgermeister Herbert Pregartner zahlt die Gemeinde doch nicht beim geplanten Umbau dazu.

Hauptplatzrenovierung

Bei der Gemeinderatssitzung wurde die Hauptplatzrenovierung angesprochen. Bürgermeister Herbert Pregartner meinte, dass bereits im Herbst 2018 mit dem Umbau begonnen werden soll. Dieses Datum stellt sich als äußerst unrealistisch dar. Seitens der Gemeinde gab es seit Monaten weder Fortschritte noch neue Informationen. Stattdessen wird das Projekt nun anscheinend auch noch von Thomas Matzer (SÖG) torpediert. Wie man in der März-Ausgabe der Aussendung der Grünen lesen konnte, werden unfinanzierbare, utopische Vorhaben - wie etwa eine Tiefgarage unter der Kirche - gefordert.

Verkehrsprojekt Südspange

Die Einwohnerzahl sowie die Verkehrsbelastung in St. Ruprecht an der Raab steigen stetig an. Um eine dringend erforderliche Entspannung zu erreichen, soll das Verkehrsprojekt Südspange realisiert werden. Bei der Eisenbahnkreuzung kommt es zur einer Neuansbindung der Hauptstraße. Die Querung der Raab wird dort mittels einer neuen Brücke vollzogen. Danach wird eine neue Straße errichtet und an die Fünfingerstraße angebunden. Der gesamte Abschnitt wird mit einem begleitenden Geh- und Radweg ausgeführt. Die Gesamtkostenschätzung inklusive Landesförderung beläuft sich hierfür auf 1.127.954 Euro (plus eventuell 399.020 Euro). Bei der Abstimmung waren ÖVP und FPÖ geschlossen für die Durchführung des Projekts. Die anwesende SÖG-Fraktion sowie Teile der SPÖ waren gegen die Südspange.

Errichtung von Radwegen: Mitterdorf - St. Ruprecht

Artikel aus der FPÖ-Aussendung „Wir Steirer“ vom Juni 2017:

„Es war geplant, einen Radweg zwischen Mitterdorf an der Raab und St. Ruprecht an der Raab zu errichten. Dadurch sollte diese Lücke des Raabtalradwegs geschlossen und die gefährliche Situation der Radfahrer auf der Stadlerstraße entschärft werden. Das Projekt war von beiden beteiligten Gemeinden genehmigt. Auch das Land Steiermark hat die Förderzahlungen zugesagt. Aufgrund von unverständlichen Alleingängen und Interventionen seitens Thomas Matzer (SÖG) beim Land Steiermark wurden das Projekt zurückgezogen, und sämtliche Förderungen wurden gestrichen. In naher Zukunft wird - dank der SÖG - die Errichtung eines solchen Radwegs nicht realisierbar sein.“

Zu diesem Thema gibt es nun eine neue Entwicklung. Die Gemeinde Mitterdorf an der Raab fokussiert sich jetzt auf den Ausbau eines Radwegs zwischen Mitterdorf und Weiz. Somit wird die Verbindung Mitterdorf - St. Ruprecht in absehbarer Zeit nicht realisiert.

Straßeninfrastruktur muss weiter verbessert werden

Landesstraßenzustandsbewertung 2017: Noch immer ist massiver Handlungsbedarf gegeben.

Errichtung von Radwegen: Etzersdorf - Rollsdorf

Auch der geplante Radweg zwischen Etzersdorf und Rollsdorf wurde angesprochen. Die einzige Neuigkeit von Bürgermeister Herbert Pregartner dazu war, dass der Radweg - laut dem Land Steiermark - nur vom Kindergarten Etzersdorf bis zur Volksschule Rollsdorf errichtet werden darf. Wann und ob dieser Radweg jemals realisiert wird, steht somit weiterhin in den Sternen. Ankündigungen des Bürgermeisters einen bald fertiggestellten Radweg betreffend (etwa in der „Woche“, Ausgabe vom 21. September 2016) haben sich somit als Fake News herausgestellt.

Aus der kürzlich veröffentlichten Landesstraßenzustandsbewertung geht hervor, dass sich die Gesamtlage auf den steirischen Verkehrsadern leicht verbessert hat. Dennoch wurden noch immer 21,6 Prozent der erfassten Straßen mit „Nicht genügend“ beurteilt. Aus freiheitlicher Sicht ist eine Aufstockung des Verkehrsbudgets in Anbetracht der aktuellen Analyse längst überfällig. „Es ist bedauerlich, dass rund 1.100 Kilometer Landesstraßen in einem derart schlechten Zustand sind. Während bei fragwürdigen Sozial- und



Integrationsprojekten die Geldbörse der Landesregierung immer recht locker sitzt, fehlt es an Finanzmitteln für eine nachhaltige und umfassende Verbesserung der Straßeninfrastruktur in der Grünen Mark“,

kritisiert der FPÖ-Verkehrssprecher und Abgeordnete zum Landtag Steiermark Erich Hafner.

Kontakt: Erich Hafner
Abgeordneter zum Landtag Steiermark und Bezirksparteiobmann
Tel.: 0664 / 465 89 14
E-Mail: erich.hafner@fpoe.at



Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ) Steiermark

Kampagne: Tradition schlägt Migration!

„Tradition schlägt Migration! Steiermark, berufen für das Schöne, nicht für Asylantenströme!“ lautet der bewusst provokant gewählte Titel der Kampagne. Herzstück ist ein Folder, den der RFJ inhaltlich sowie grafisch selbst gestaltet und erarbeitet hat. Aufgrund zunehmender Konflikte, der vielerorts offen zutage tretenden Ablehnung heimischer Wertehaltungen und der Bildung von Parallelgesellschaften gilt es - aus jungfreiheitlicher Sicht - rasch zu handeln.

„Unser derzeitiges, solidarisches Sozialsystem ist nur aufrechtzuerhalten, wenn Personen bereit sind, sich unseren Normen anzupassen, sich im Idealfall ehrenamtlich zu engagieren und vor allem einer Arbeit nachzugehen, um damit einen Beitrag am Gesamtwohl zu leisten und dem Generationenvertrag zu entsprechen“, so die RFJ-Landesobfrau und Abgeordnete zum Landtag Steiermark Liane Moitzi.

Forderungskatalog des RFJ

Für jeden fünften Volksschüler in der Steiermark ist Deutsch nicht die Muttersprache. In Graz gibt es bereits Schulen mit einem Anteil von Kindern mit

nichtdeutscher Muttersprache von über 90 Prozent. Der RFJ stellt im Zuge seiner Kampagne neben den bereits eingeführten Deutschklassen eine Reihe weiterer Forderungen auf. Der Bogen spannt sich dabei von der Kreuzpflicht an Schulen über die verstärkte Teilnahme von Schulklassen an Gemeindeveranstaltungen (etwa Muttertagsfeiern, Pfarrfesten oder Gemeindeweihnachtsfeiern) bis hin zur Neuauflage eines „Steirischen Brauchtumskalenders“ einschließlich dessen Versand an alle Schulen. Darüber hinaus soll ein Kopftuchverbot in Kindergärten sowie Schulen gelten und der Islamunterricht behördlich strengstens kontrolliert werden, um radikale Auswüchse zurückzudrängen.

Wiedereinführung des Schulfachs „Heimatkunde“

Leider gibt es seit Jahrzehnten keinen Heimatkundeunterricht mehr. In aktuellen Lehrplänen zur Volksschule zum Sachunterricht wird das Wort „Heimat“ geradezu vermieden. Dabei wäre der bis in die 1970er-Jahre abgehaltene Heimatkundeunterricht gerade in der heutigen Zeit notwendiger denn je, wenn man sich die Bildungsziele (1963) dieses Fachs vor Augen führt.



v. l.: Gemeinderat Ing. Manuel Kahr, die Abgeordnete zum Landtag Steiermark und RFJ-Landesobfrau Liane Moitzi sowie der Abgeordnete zum Landtag Steiermark und FPÖ-Bezirksparteiobmann Erich Hafner

„Einblicke in das geistige und religiöse Leben der Heimat gelten vor allem den volkstümlichen und kindertümlichen Kulturbereichen. Der geschichtliche Aspekt macht den Schülern bewusst, dass alles Bestehende ein Gewordenes ist. Neben Veränderungen, deren Zeugen die Schüler selbst sind, dienen dazu unter anderem die Erinnerungen der lebenden Generationen, Denkmäler, Bilder sowie Bräuche und Sagen aus älterer Zeit - aber auch einzelne technische Entwicklungsreihen. Mit der neuen Kampagne setzen wir bewusst auf altbewährte Konzepte. Uns geht es darum, natürlich gewachsene Werte und Traditionen - sowohl im Bildungswesen als auch im gesellschaftlichen Miteinander - wieder stärker zu verankern und dadurch den heimischen Wertekanon zu festigen“, so der geschäftsführende RFJ-Landesobmann und Klubdirektor-Stellvertreter Jürgen Angerer abschließend.

WIR PACKEN AN!

Vizekanzler Heinz-Christian Strache zieht Bilanz zur Arbeit der Bundesregierung.

Die FPÖ in der Bundesregierung wirkt! Die Zwischenbilanz macht sichtbar, dass unsere Versprechen mehr als bloß leere Worthülsen sind. Wir bringen die Dinge auf den Boden, die von den Vorgängerregierungen nicht angegangen wurden. Mit dem Tag der Angelobung, dem 18. Dezember 2017, haben wir sofort begonnen, unsere Versprechen umzusetzen - und das mit großem Erfolg!

Alle Umfragen der vergangenen Monate zeigen, dass die Bevölkerung nicht nur mit der Arbeit der Bundesregierung im Allgemeinen sehr zufrieden ist, sondern speziell mit der Performance der FPÖ.

Wir setzen auf unsere Kernthemen wie etwa Asyl, Sicherheit oder Familien.

Gleichzeitig konnten die Freiheitliche Partei bei allen heurigen Landtagswahlen - Niederösterreich,



Tirol, Kärnten und Salzburg - deutliche Zugewinne verbuchen. Auch das werten wir zuletzt als Zeichen dafür, dass die FPÖ in der Bundesregierung wirkt. Die Bürger wollen auch Veränderung in ihren Bundesländern. Wir sind auf einem guten Weg!

In den 21 Ministerräten wurden 400 Beschlüsse gefasst. Wir gehen die Dinge nämlich sofort an und warten nicht auf bevorstehende Wahlkämpfe. Mehr als 50 Regierungsvorlagen wurden auf den Weg gebracht, Dutzende Vorlagen sind in Begutachtung oder knapp vor Beschluss. Das alles sorgt für die Fairness, die wir versprochen haben.



Diese Regierung hat in ihrem ersten Halbjahr eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass sie angetreten ist, um zu gestalten und nicht bloß zu verwalten. Wir haben für die Österreicher gearbeitet und werden das auch weiterhin tun.

Euer Heinz-Christian Strache

FPÖ-Bezirksbüro Weiz
Lederergasse 12 | 8160 Weiz

Telefon: 03172 / 30 6 54
E-Mail: weiz@fpoe-stmk.at
www.fpoe-weiz.at



Nicol Prem,
Bezirkssekretärin
Mobil: 0664 / 35 28 059



Kerstin Fasching,
Bezirkssekretärin
Mobil: 0664 / 43 55 150

Bürozeiten:
MO, DI, DO, FR: 08:00 bis 13:00 Uhr
MI: 13:00 bis 18:00 Uhr

Wollen Sie unsere freiheitlichen Ideen unterstützen? Wollen Sie sich beteiligen oder haben Sie ein Anliegen, das Ihnen wichtig ist?

Herzlich willkommen! Bei uns sind Sie richtig!

Hier kann sich jeder nach seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten einbringen.

Egal, ob regelmäßig oder sporadisch, aktiv oder einfach nur, um unserer Gemeinschaft anzugehören:

Wir freuen uns auf Sie.

www.fpoe-stmk.at







Frühschoppen
DER FPÖ STEIERMARK

SONNTAG, 23. SEPTEMBER
BEGINN: 10.00 UHR

OKTOBERFEST HARTBERG
AUTOBAHNABFAHRT

Live-Musik:
TRACHTENMUSIKVEREIN UNTERLUNGITZ

EINTRITT FREI!

www.granaten.at



HARALD VILIMSKY
EU-ABGEORDNETER
GENERALSEKRETÄR

HEINZ-CHRISTIAN STRACHE
VIZEKANZLER
BUNDESPARTEIOBMANN

MARIO KUNASEK
BUNDESMINISTER
LANDESPARTEIOBMANN

Impressum: Freiheitliche Partei Österreichs - Landespartei Steiermark Hans-Sachs-Gasse 10/4 · 8010 Graz